



Der Informationsdienst der DPoIG Baden-Württemberg

Nr. 7

17. April 2014

Sofern unsere Beiträge mit einer Quellenangabe versehen sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der DPoIG und der ID-Redaktion wieder.

Eigene Bewertungen und Anmerkungen sind als solche gekennzeichnet.

Nachdruck honorarfrei.
Quellenangabe erbeten.

Inhalt

- 01 100 Tage Polizeireform – positive Meldungen
- 02 Polizeireform: Kritische Pressestimmen
- 03 Von der Appendix vermiformis, der Hygiene und der politischen Kultur in Baden-Württemberg
- 04 Eckpunkte für neues Landesbehinderten-gleichstellungsgesetz
- 05 Neues Landeshochschulgesetz
- 06 Ansprechpartner/innen der Polizeiseelsorge
- 07 Kurzmeldungen

E-Mail an das DPoIG-Team


 Hinweise und Kritik zur
Polizeireform

Hinweise und Kritik zur Polizeireform:

reformkritik@dpolg-bw.de

Die Polizeireform bewegt und erregt die Gemüter. Welche Erfahrungen und Feststellungen haben Sie gemacht? Was läuft nicht rund? Welche Probleme gibt es vor Ort? **Schreiben Sie uns ihre Kritik.**

Wir garantieren Ihnen einen vertraulichen Umgang und anonymisierte Verarbeitung.

Gibt es überhaupt etwas Positives über diese Reform zu berichten?

In den letzten Tagen wurde uns diese Frage häufig gestellt. Viele Kolleginnen und Kollegen verstehen weder den Sinn der Reform, noch stimmten ihre eigenen Erfahrungen in den vergangenen 100 Tage mit der hochgelobten Polizeireform in irgendeiner Weise überein.

Und dennoch, es gibt durchaus auch positive Reaktionen. Meist von politischer oder amtlicher Seite, also von denen, die diese Reform zu verantworten haben oder aus Loyalitätsgründen nichts anderes sagen können/dürfen/wollen. Wir wollen auch diese Stimmen nicht unterschlagen und stellen dies in der nachfolgenden Presseschau - teilweise nur auszugsweise - dar.

01 100 Tage Polizeireform – Positive Meldungen

Quelle: Pressestimmen

7. April 2014 – Südwest Presse (Bad Mergentheim/TBB)



Gall verteidigt Akademie-Umzug – Neue Polizeistruktur bewährt sich bereits

Baden-Württembergs Innenminister Reinhold Gall (SPD) hat in einem TZ-Redaktionsgespräch eine erste 100-Tage-Bilanz der Polizeireform gezogen. Er ist überzeugt: Die neue Struktur funktioniert gut.

Sieht die Polizeireform als Erfolg: Innenminister Reinhold Gall und Europaabgeordnete Evelyn Gebhardt im Gespräch mit TZ-Redaktionsleiter Oliver Bauer.



... Der Architekt der neuen Struktur, SPD-Innenminister Reinhold Gall, hat bei einem Redaktionsbesuch ein erstes Zwischenfazit gezogen. ... Er sei stolz auf diese Reform, sagt Gall, da sie von der Polizei selbst gestemmt worden sei und nicht von externen

Beratern entwickelt worden sei.

Tausende Bausteine seien als Ideen der Beamten eingeflossen. Rund 16 500 Polizisten nutzten die Gelegenheit, Wünsche und Hinweise zu ihren Verwendungsmöglichkeiten und Einsatzorten zu geben. Knapp 90 Prozent davon konnten befriedigt werden. Gall: Im Bereich der ehemaligen Direktion Tauberbischofsheim habe es sechs Widersprüche gegeben, vier davon gab das Ministerium statt.

Antworten auf die Frage "Was halten die Beamten für nötig?" habe er sich in seiner politischen Laufbahn über Jahre angehört, so Gall. Er sieht die Reform als deutlich größeren Wurf als die Verwaltungsstrukturreform des Jahres 2005 in der Amtszeit von Erwin Teufel (CDU). Dass es bei 30 000 betroffenen Polizisten und Mitarbeitern und insgesamt 500 betroffenen Dienststellen viel Arbeit und Diskussionsbedarf gab, sei vollends normal. ... Aber: Die Polizei sei selbst in der Verantwortung, bei Bedarf Strukturen zu optimieren.

Der Minister sieht, dass die Polizei bei der Verbrechensbekämpfung an Schlagkraft gewinnt. Die rasche Aufklärung des Doppelmords von Albstadt sei möglich gewesen, weil binnen kürzester Zeit eine Soko von 50 Beamten installiert war. Gall: "Das wäre in der alten Struktur nicht gegangen."

Mit Einrichtungen, wie dem Kriminaldauerdienst, stelle sich die Polizei auf die Anforderungen der Gegenwart ein. Herausforderungen, wie die zunehmende Cyberkriminalität, verlangen laut Gall ebenfalls nach neuen Strukturen, und sogar beim aktuell beobachteten Phänomen der zunehmenden Wohnungseinbrüche "wird es uns bereits dieses Jahr gelingen, Erfolge zu erzielen."

In der Straffung der Strukturen sieht Gall einen Gewinn an Effizienz. Das setzt sich für ihn auch in der Ausbildung der Polizeibeamten fort. Die Ausbildung an fünf verschiedenen Standorten berge einen Riesenaufwand an Fahrt- und Reisekosten und führe zu einer Verzettlung, sagt der Minister. Insofern habe das Aus für den Außenstellen-Standort der Polizeiakademie in Wertheim in der Tat auch etwas mit Geld zu tun. Nach 2015 werden dann die Aus- und Weiterbildungsaufgaben in Böblingen konzentriert.

10. April 2014 – Stuttgarter Zeitung
SIR/dpa



CDU übt heftige Kritik - Gall wiegelt ab

... Innenminister Gall räumt zwar Anlaufschwierigkeiten ein, weist die Kritik aber sonst zurück.

Stuttgart - ... Innenminister Reinhold Gall (SPD) räumte zwar Anlaufschwierigkeiten ein, wies die Vorwürfe ansonsten aber zurück. Die Reform sei deshalb nötig gewesen, weil die Polizei unter den Vorgängerregierungen strukturell unterfinanziert gewesen und personell ausgedünnt worden sei. „Die Reform war von der Polizei nicht nur gewünscht, sondern von der Polizei gefordert. Wir haben dem Rechnung getragen.“ Die Polizei bleibe Garant für die innere Sicherheit. Gall hielt der Opposition Verunglimpfungen und das Aufbauschen einzelner Probleme vor...

Grün-Rot weist Kritik zurück

„Selbstverständlich läuft es nach hundert Tagen nicht rund“, räumte aber auch Sckerl ein. Dies sei jedoch bei einer Reform von der Größe auch klar gewesen. Der CDU warf er vor, selber keine konzeptionellen Reformvorschläge gemacht zu haben. „Sie transportieren nur die Beschwerden von Polizisten, die uns auch bekannt sind.“ Die CDU mache sich hier zum „Wurmfortsatz“ einer Gewerkschaft, der DPoIG.

Grün-Rot hatte versprochen, dass die Polizeireviere mit der Reform jeweils zwei zusätzliche Planstellen erhalten würden. „Diese Zahl steht“, bekräftigte SPD-Innenexperte Nikolaos Sakellariou. In 25 Revieren gebe es heute zwar vorübergehend weniger Stellen als vor der Reform. Aber 120 Reviere verzeichneten jetzt mehr Stellen - im Einzelfall seien es sogar bis zu 18 Posten mehr.

10. April 2014 – Schwäbische Zeitung

Gall lobt Polizei für ihr flottes Tempo

Landtag streitet nach 100 Tagen um die ersten Lehren aus der Strukturreform

...

Mehr Personal vor Ort

Gall kündigte zwar an, dass bei einer Evaluierung auch externer Rat eingeholt werde. Die erste Bilanz aber beeindruckte ihn. „Die Polizei wächst schneller in die Reform hinein als die CDU in ihre Oppositionsrolle“, sagte er zu Blenke. Dessen „Doku-Soap“ von Unwahrheiten und Verunglimpfungen lenkte von den eigentlichen Ursachen der Reform ab: „Sie kannten die Probleme. Aber Sie hatten nicht den Mut, sie zu lösen“. ... So hat SPD-Innenpolitiker Nikolas Sakellariou herausgefunden, dass in 120 Polizeirevieren der Personalbestand bereits gestiegen sei – zumindest die Zahl der Planstellen. Bei 25 Revieren fehle aber noch als Folge hoher Pensionierungszahlen Personal.

„Bei meinem Amtsantritt hat mir die Polizei schnell klar gemacht, dass sie großen Reformbedarf sieht. Deshalb ist diese Reform nicht übergestülpt, sie kommt vielmehr von unten“, betonte Gall. ..

Gall präsentierte noch mehr Zahlen – etwa aus dem Bereich der Polizeidirektion Aalen. Dort führe der so gescholtene Kriminaldauerdienst nach ersten Erfahrungen dazu, dass die Ermittler im Schnitt nach 24 Minuten am Einsatzort eingetroffen seien. Das sei doppelt so schnell wie zu Zeiten der Rufbereitschaft. ..

...Die schnelle Aufklärung eines Doppelmordes in Albstadt bezeichnete Gall darin als Beweis, wie gut die Polizeiarbeit in der neuen Struktur funktioniere. Schneller habe eine Sonderkommission mit bis zu 85 Köpfen gebildet werden können, da nicht erst mehrere Präsidien hätten abgefragt werden müssen.

02 Polizeireform: Kritische Pressestimmen

Quelle: Presseauswertung/DPoIG

5. April 2014 – Südwest Presse /Hechingen



Post vom Innenminister

Der Zugriff im Hechinger Bahnhof: ein Erfolg der Polizeireform? Mitnichten.

Jörg K. saß erst wenige Stunden hinter Schloss und Riegel, als wir in der Redaktion Post aus dem Innenministerium bekamen. Innenminister Reinhold Gall ließ die Journalisten im Land wissen, was zu dem schnellen Festnahmeerfolg beigetragen habe: die seit Januar umgesetzte Polizeistrukturereform.

Genau das nehmen ihm Polizisten vor Ort nun krumm. Denn die Festnahme des mutmaßlichen Doppelmörders war alles andere als ein Einsatz, auf den die Polizei stolz sein kann. Den gefährlichen Job, den Zugriff im Zug in Hechingen, mussten vier Polizeibeamte machen, die als einzige verfügbar waren – mehr oder weniger. Zwei waren gerade damit beschäftigt, einen Unfall aufzunehmen, zwei sollten einen Schwertransport begleiten. Von Spezialkräften, die für die Festnahme eines mutmaßlich gefährlichen Mörders ausgebildet sind, fehlte jede Spur. Also rasten die vier Hechinger Beamten am Mittwochabend an den Hechinger Bahnhof. Eine knappe Kiste: Sie kamen in letzter Sekunde am Zielort an. Die Festnahme: eine ziemlich gefährliche Hau-Ruck-Aktion, noch dazu in Anwesenheit zahlreicher weiterer Fahrgäste. Zum Glück, muss man sagen, ging der Einsatz heil über die Bühne. Doch Grund zum Feiern gibt es nicht. Wären die Hechinger Beamten zu spät am Einsatzort angekommen, hätte der Zug – so ist aus gut informierter Quelle zu vernehmen – kurz darauf auf freier Strecke gestoppt werden sollen. Ob das gut gegangen wäre? Bereits

während der Ermittlungen in den vergangenen Tagen hatten Polizisten ihr Leid über den Standort der Sonderkommission in Rottweil geklagt.

11. April 2014 – Pforzheimer Zeitung



Kommentar: Die Politik kapituliert vor der Kriminalität

Es ist ein Armutszeugnis für das baden-württembergische Innenministerium und die politisch Handelnden auf Landes- wie Bundesebene. Die Zahl der Einbrüche steigt binnen eines Jahres um 88 Prozent in Pforzheim und um 42 Prozent im Enzkreis an und die Polizei wirkt hilflos. Sie ist vor allem deshalb ins Hintertreffen gegenüber Verbrechern geraten, weil Politiker, egal welcher Partei, die aus den ehemaligen Ostblockstaaten importierte Kriminalität schönreden und wegdiskutieren.

Die Liberalität ist grenzenlos, die Strafverfolgung lasch. Das geeinte Europa hat mittlerweile zur Folge, dass jeder potenzielle Gauner mühelos als Tourist getarnt in den Westen pilgern kann, um hier seine Klau- und Einbruchstouren zu unternehmen. Die Folgen sind fatal: Längst hat die hiesige Bevölkerung das Vertrauen in Polizei und Ermittlungsbehörden verloren.

Das liegt einfach daran, dass viel zu wenig Polizisten präsent sind, dass sie seit der umstrittenen Polizeireform zu weite Anfahrtswege haben - ein von der Politik so gewollter Zustand. Wen wundert es, dass Bürger wie der Tiefenbronner "Ochsenpost"-Wirt Theo Jost sich selber helfen wollen und gegen Einbrecher mit privaten Sicherheitsdiensten aufrüsten.

Die Politik hat bei der Gesetzgebung in puncto Grenzkontrollen, Strafverfolgung und konsequente Abschiebung versagt. Man wollte ein heiles Europa und hat die berechtigten inneren Sicherheitsinteressen der einzelnen Mitgliedsstaaten nicht bedacht. Man muss sich nicht wundern, wenn radikale Parteien plötzlich wieder Zulauf haben. Verschuldet haben diese Entwicklung in erster Linie die etablierten Volksparteien mit ihrer Ignoranz gegenüber den ganz normalen Bürgern. Dies wird sich bereits bei den nächsten Wahlen niederschlagen.

10. April 2014 – Stuttgarter Zeitung



CDU übt heftige Kritik - Gall wiegelt ab

Heftige Kritik an der [Polizeireform](#) kommt von Seiten der CDU: Für den ländlichen Raum seien die Strukturen nach der Reform nicht geeignet. Innenminister Gall räumt zwar Anlaufschwierigkeiten ein, weist die Kritik aber sonst zurück.

Die CDU sieht bei der Polizeireform „eklatante Fehler“ und hat die Landesregierung zum Nachsteuern aufgefordert. So eigneten sich die neuen Strukturen des Kriminaldauerdienstes und des Verkehrsunfalldienstes zwar für Ballungsräume, nicht aber für den ländlichen Raum, sagte CDU-Innenexperte Thomas Blenke hundert Tage nach dem Inkrafttreten der Reform am Donnerstag im Landtag. Er bezweifelte auch, dass nun - wie versprochen - mehr Polizisten auf der Straße unterwegs seien. FDP-Innenexperte Ulrich Goll erklärte, es stehe nach wie vor die Frage nach dem Erfolg der Reform im Raum.

Opposition spricht von "Fehlstart"

Bei der Polizeireform, die zum Jahresbeginn in Kraft getreten ist, wurden vier Landespolizeidirektionen mit 37 Polizeidirektionen zu zwölf Großpräsidien im Südwesten verschmolzen. Die Opposition spricht auch deshalb von einem „Fehlstart“, weil 23 Führungskräfte der Präsidien im Januar wieder abberufen werden mussten...

„Was machen Sie eigentlich nun?“, rief Blenke dem Minister zu diesem Punkt zu. Wenn Gall das bisherige Personaltabelleau bestätige, werfe dies neue Fragen auf. Nehme er nun aber die neuen Bewerber, stoße er den zuvor ausgewählten Beamten, die alle als qualifiziert bezeichnet worden waren, vor den Kopf. Wann die ersten Posten neu besetzt werden können, ist nach Angaben des Ministeriums noch unklar.

Grün-Rot weist Kritik zurück

Als Beleg für seine Kritik an der Reform führte Blenke die gestiegene Zahl von Wohnungseinbrüchen samt Diebstählen im Südwesten im Jahr 2013 an. Hunderte Beamte seien damit beschäftigt gewesen, die Reform vorzubereiten anstatt Konzepte für die Verbrechensbekämpfung zu erarbeiten...

10. April 2014 – Schwäbische Zeitung

**...Landtag streitet nach 100 Tagen um die ersten Lehren aus der Strukturreform...**

...Aus Sicht der CDU fällt die Bilanz nach 100 Tagen verheerend aus. „Eklatante Webfehler“ seien Gall und der Polizeiführung unterlaufen, behauptete CDU-Polizeiexperte Thomas Blenke. „Zeigen Sie Größe und korrigieren Sie die Fehler“, sagte er zu Gall. Die zentralisierte Verkehrsunfallaufnahme in den Präsidien gehört für Blenke zu den großen Schwachstellen der Reform. So seien nach einem schweren Verkehrsunfall bei Friedrichshafen erst nach zwei Stunden die Experten aus Sigmaringen eingetroffen. So lange seien die Streifenbeamten „wie blöd“ herumgestanden.

Blenke listete weitere Details auf. Der bei den neuen Präsidien eingerichtete Kriminaldauerdienst funktioniere nur in den Ballungszentren. Vor allem aber rätselt er darüber, wie Gall die Probleme bei der noch ausstehenden Besetzung vieler Führungsstellen löse. ..

Auf Personalfragen ging Gall allerdings nicht ein. So hatte ihm der frühere Justizminister Ulrich Goll (FDP) vorgeworfen, die Polizeiführung werde systematisch frauenfrei gemacht: „Mit einem Lendenschurz und einer Keule kommt der SPD-Minister aus der Höhle der frauenpolitischen Steinzeit“, spottete Goll.

14. April 2014 – Südwest Presse

**CDU-Landeschef kritisiert Fehler bei Polizeireform**

Fehler bei der Polizeireform hat der CDU-Landesvorsitzende Thomas Strobl bei einer Tagung des CDU-Arbeitskreises Polizei in Bad Boll kritisiert.

Schelte für Grün-Rot: Der CDU-Landesvorsitzende Thomas Strobl in Bad Boll. Strobl schickt deutliche Worte an die grün-rote Landesregierung in Stuttgart. Die Ansätze der Polizeireform seien zu unausgereift und es gebe nicht genügend Beteiligung der Polizeibeamten. Steigende Kriminalität könnte die Folge sein.

Die Zahl lasse Aufhorchen: In Baden-Württemberg gab es im letzten Jahr 11 295 Wohnungseinbrüche. Das sind 31 Einbrüche pro Tag, eine erhebliche Steigerung im Vergleich zu den Vorjahren. Besonders erschreckend sei die niedrige Aufklärungsquote. Thomas Strobl, Landesvorsitzender der CDU Baden-Württemberg, erklärt, nur rund 10 Prozent der Straftaten würden auch wirklich aufgeklärt. Hier bestehe klarer Handlungsbedarf für die Politik. Aber die Landesregierung aus Grünen und SPD verende derzeit zu viele Ressourcen an falscher Stelle. "Was da bei unserer Polizei angerichtet wurde, ist irre", sagte Strobl auf der Landestagung des Arbeitskreises Polizei in Bad Boll. Und mit dieser Meinung ist der Landesvorsitzende nicht allein. ...



Der Bad Boller Rainer Staib, Vorsitzender des CU-Arbeitskreises Polizei im Bezirk Nordwürttemberg, sieht die Situation ähnlich: "Die Reform ist wie eine Fahrt auf eine Wand und die Landesregierung gibt auch noch Gas."...

Zudem kritisiert Staib den zusätzlichen Bürokratieaufwand, der mit der Reform einhergeht. Es sei der falsche Weg, zuerst Personal abzustellen und dieses dann mit Aufgaben zu überhäufen. Zuerst müssten die Aufgabenfelder klar definiert werden, um dann die nötigen Leute dafür einzustellen.

Wir empfehlen allen interessierten Leserinnen und Lesern die Videodokumentation der aktuellen Debatte zu „100 Tage Polizeireform“ in der Mediathek des baden-württembergischen Landtag.



[hier](#) klicken

03 Von der Appendix vermiformis, der Hygiene und der politischen Kultur in Baden-Württemberg

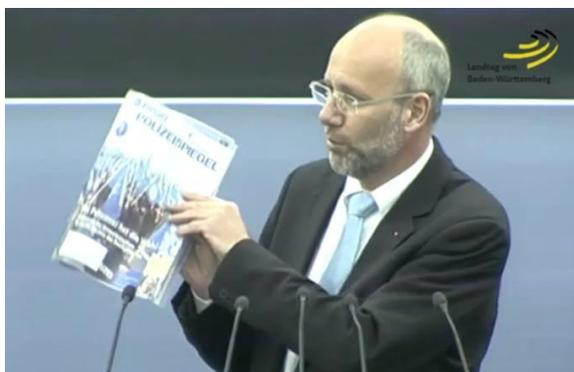
Quelle: DPoIG

Die Appendix vermiformis, zu Deutsch Wurmfortsatz, bezeichnet ein in der Regel bis zehn Zentimeter langes Anhängsel des Blinddarms. Glaubte man ursprünglich, dass die Appendix lediglich ein mittlerweile funktionsloses Überbleibsel der Evolution darstelle, haben neuere Forschungen andere Hinweise ergeben. Heutzutage ist diese nützliche Funktion in erster Linie in Ländern mit schlechten hygienischen Verhältnissen für den Menschen von besonderer Bedeutung (Auszüge aus Wikipedia).



Na, da haben wir's doch schon: Wir haben in Baden-Württemberg ganz offensichtlich ein Hygieneproblem, ein politisches Hygieneproblem. Und das muss wohl auch der parlamentarische Geschäftsführer der GRÜNEN-Landtagsfraktion, Hans-Ulrich Sckerl, mittlerweile so erkannt haben. Anlässlich der Landtagsdebatte 100-Tage-Polizeireform warf Sckerl der CDU laut dpa vom 10.04.2014 vor, selber keine konzeptionellen Reformvorschläge gemacht zu haben. Sckerl weiter:

„Sie transportieren nur die Beschwerden von Polizisten, die uns auch bekannt sind.“ Die CDU mache sich hier zum „Wurmfortsatz“ einer Gewerkschaft, der DPoIG.



Sckerl kennt also die Beschwerden der Kolleginnen und Kollegen an der Polizeireform und auch sein Koalitionskollege und Polizeisprecher der SPD-Landtagsfraktion Nikolaos Sakellariou scheint diese Probleme zu kennen. Sakellariou gestikuliert heftig mit dem aktuellen DPoIG-Polizeispiegel in der Hand in Richtung des CDU-Polizeisprechers, Thomas Blenke, indem er ihm vorwarf dort abgeschrieben zu haben.

Mit politischer Hygiene hatte diese aktuelle Debatte als Erstbilanz nach 100 Tagen Polizeireform, die Sckerl gerne erst nach einem halben Jahr geführt hätte, nicht wirklich viel zu tun. Der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) und ihrem Landesvorsitzenden wurde insbesondere seitens der Vertreter der Regierungsfractionen viel Beachtung geschenkt, nicht zuletzt um die durchaus zutreffende Kritik der Oppositionsparteien herabzuwürdigen. Darauf können und wollen wir leider nicht stolz sein.

Kritikverträglich ist die grün-rote Landesregierung ganz bestimmt nicht. Das hat nicht erst diese Landtagsdebatte mehr als deutlich gezeigt. Dabei hatte diese Landesregierung den Bürgerinnen und Bürgern einen Politikwechsel versprochen. Und damit doch hoffentlich auch Bürgerinnen und Bürger gemeint, die als Mitarbeiter im Staatsbetrieb beschäftigt sind. „Der Wechsel beginnt“ lautet das Leitmotiv der Koalitionsvereinbarung von Grün-Rot. Von einer Politik auf Augenhöhe, des Gehörtwerdens und anderen hehren Zielvorstellungen war vollmundig und überschwänglich die Rede.

Doch was sind solche überschwänglichen Postulate denn wirklich wert? Wie geht diese Landesregierung, dieses Innenministerium mit Kritikern und mit Gewerkschaftern um?

In der Stellungnahme des Innenministeriums (vom 16.12.2013) an das Verwaltungsgericht Karlsruhe zum Bewerberauswahlverfahren bei den Präsidenten- und Vizepräsidentenstellen war hierzu folgendes nachzulesen:

Bezüglich des Antragstellers bestehen zudem angesichts seiner von Anfang an offen geäußerten erklärten Gegnerschaft zur Polizeireform begründete Zweifel an seiner Eignung für eine der von ihm angestrebten Führungsfunktionen; dies insbesondere mit Blick auf die herausgehobene Funktion der Leiter und stellvertretenden Leiter bzw. Leiterinnen der neuen Dienststellen, nicht zuletzt was einen erfolgreichen Start der neuen Dienststellen anbelangt, der sicher auch von den Medien aufmerksam verfolgt werden wird, sowie unter Akzeptanzgesichtspunkten vor allem im Innenverhältnis der Dienststellen. In diesem Zusammenhang ist auch auf die unter Hinweis auf die öffentliche Positionierung des Antragstellers teilweise sehr kritische Bewertung des Antrags in den Medien hinzuweisen. Selbst bei unterstelltem Gleichstand der Bewertung der Leistungen des Antragstellers mit einem der berücksichtigten Beamten wäre dieser demnach unter Eignungsgesichtspunkten nicht zu berücksichtigen.

Oder anders formuliert: Wer sich erlaubt, diese Landesregierung und ihre politischen Großprojekte öffentlich zu kritisieren, wird nie mehr einen Blumentopf gewinnen!

Mehr als befremdend wirkt nach einer solchen (als rechtswidrig festgestellten) „Eignungsprognose“ eines Gewerkschafters die Antwort des Innenministeriums auf einen Antrag der CDU-Landtagsfraktion (Drucksache 15/4820) aus der Feder des gleichen Ministerialbeamten und der Unterschrift des Innenministers an den Landtag von Baden-Württemberg?

Frage 5.

... ob es bei einem Bewerber bereits aufgrund seiner Äußerungen, die er im Rahmen seiner gewerkschaftlichen Tätigkeit bezüglich der Polizeireform getätigt hat, Zweifel an der Eignung für ein Führungsamt geben kann;

Stellungnahme des Innenministeriums zu Frage 5:

Beamtinnen und Beamte haben das Recht, sich in Gewerkschaften oder Berufsverbänden zusammen zu schließen. Sie dürfen wegen Betätigung für ihre Gewerkschaft oder ihren Berufsverband nicht dienstlich gemäßigelt oder benachteiligt werden (§ 52 Beamtenstatutgesetz). Der Rechtsprechung zufolge sind Beamte als Gewerkschafter "natürlicher Widerpart des Dienstherrn" und dürfen diesen auch hart und nachdrücklich kritisieren. Tatsachenbehauptungen und Werturteile gegen den Dienstherrn sind lediglich dann zu unterlassen, wenn sie besserem Wissen widersprechen, die Verschwiegenheitspflicht verletzt wird oder keine sachlichen Anhaltspunkte für die Vorwürfe gegeben sind.

Wie auch immer: Selbstbewusste Gewerkschaften und ihre Mandatsträger lassen sich nicht verschaukeln. Von niemandem!

04 Eckpunkte für neues Landesbehindertengleichstellungsgesetz vorgelegt

Quelle: BBW

Sozialministerin Katrin Altpeter hat die Eckpunkte für das neue Landes-Behindertengleichstellungsgesetz vorgelegt. Ziel der Neufassung ist es, die Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Inklusion von Menschen mit Behinderungen im Land zu verbessern. Zudem soll der Geltungsbereich des Gesetzes auf die Kommunen ausgeweitet werden.

Hauptamtliche kommunale Behindertenbeauftragte in Stadt- und Landkreisen

Mit der verpflichtenden Einrichtung von hauptamtlichen Behindertenbeauftragten in allen Stadt- und Landkreisen soll die Interessenvertretung von Menschen mit Behinderungen vor Ort gestärkt und die Umsetzung der UN-BRK in Baden-Württemberg vorangetrieben werden. Für diese hauptamtlichen Beschäftigten muss das Land den Stadt- und Landkreisen wegen der damit verbundenen „Konnexität“ einen finanziellen Ausgleich bezahlen.

Wolfgang Mallach,

DPoIG-Landeshauptvorstandsmitglied für Behindertenfragen und Inklusion, begrüßte in einer ersten Stellungnahme die vorgelegten Eckpunkte. Mallach wörtlich: „In den Stadt- und Landkreisen werden die meisten wesentlichen Entscheidungen getroffen, die das direkte Lebensumfeld und den Alltag von Menschen mit Behinderungen prägen. Bei den Landratsämtern sind die Eingliederungshilfe und die Sozialhilfe sowie Politikbereiche angesiedelt, die von besonderer Bedeutung für Menschen mit Behinderungen sind, wie z.B. der öffentliche Nahverkehr. Hier anzusetzen ist der richtige Weg.“



Künftig sollen die kommunalen Behindertenbeauftragten bei allen Vorhaben der Kommunen, bei denen Menschen mit Behinderungen besonders betroffen sind, gehört werden. Ähnlich wie der Landes-Behindertenbeauftragte sollen sie u.a. das Recht auf Auskunft erhalten.

Auch die Bestellung und die Aufgaben des Landes-Behindertenbeauftragten soll künftig gesetzlich geregelt werden. Zudem sollen seine Befugnisse um ein Beteiligungsrecht bei Gesetzes- und Verordnungsvorhaben, bei denen die Belange von Menschen mit Behinderungen berührt sind, erweitert werden. Auch die Zusammensetzung, Aufgaben und Befugnisse des Landes-Behindertenbeirates sollen gesetzlich geregelt werden. Er soll sich aus 25 Mitgliedern zusammensetzen und den Landes-Behindertenbeauftragten in allen wesentlichen Fragen beraten und unterstützen. Außerdem soll für den Beirat ein Beteiligungsrecht bei Gesetzes- und Verordnungsvorhaben, bei denen spezifische Belange von Menschen mit Behinderungen betroffen sind, verankert werden.

Bessere Durchsetzung der Rechte von Menschen mit Behinderung

Menschen mit Behinderungen sollen sich künftig besser zur Wehr setzen können, wenn sie befürchten, aufgrund ihrer Behinderung benachteiligt zu werden. Dazu soll eine Beweislastumkehr eingeführt werden. Die Beweiserleichterung soll darin bestehen, dass es künftig ausreicht, Tatsachen, die eine Benachteiligung vermuten las-

sen, zu beweisen. Dann muss die Behörde nachweisen, dass sie das Benachteiligungsverbot nicht verletzt hat.

Die Möglichkeit der Verbandsklage soll künftig auf Klagen gegen Verstöße gegen das Benachteiligungsverbot, die Barrierefreiheit bei Bauvorhaben der öffentlichen Hand, im öffentlichen Personennahverkehr, bei der Gestaltung des Schriftverkehrs und bei der Gestaltung medialer Angebote erweitert werden. Bislang war die Verbandsklage nur bei Verletzung des Rechts auf Kommunikation in Gebärdensprache möglich.

Gesetz soll künftig auch für Kommunen gelten

Da viele Behördenkontakte von Menschen mit Behinderungen mit kommunalen Behörden erfolgen, will man den Geltungsbereich des Gesetzes auf Kommunen und diesen unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts ausweiten. Auswirkungen hat dies insbesondere auf das Recht auf Verwendung von Gebärdensprache und anderen Kommunikationshilfen, die Gestaltung des Schriftverkehrs und die barrierefreie Gestaltung medialer Angebote. Durch diese Ausweitung soll die Barrierefreiheit und Gleichbehandlung von Menschen mit Behinderungen im öffentlichen Recht lückenlos gesichert werden. Bisher war das Landes-Behindertengleichstellungsgesetz in weiten Teilen nur auf Landesbehörden anwendbar.

Verbesserung der Barrierefreiheit

Die Neufassung des Landes-Behindertengleichstellungsgesetzes zielt ganz generell auf eine Verbesserung der Barrierefreiheit bei Behörden. Demnach sollen etwa Menschen mit Sehbehinderungen künftig einen Anspruch darauf haben, dass Behörden ihnen – ohne zusätzliche Kosten - Schriftstücke auf Verlangen in für sie geeigneter Form zukommen lassen müssen. Auch die Mitnahme oder Benutzung notwendiger Hilfsmittel wie etwa eines Blindenhundes oder eines Rollstuhls soll erleichtert werden.

05 Neues Landeshochschulgesetz für Baden-Württemberg

Quelle: Wissenschaftsministerium

Mit dem Dritten Hochschulrechtsänderungsgesetz hat der Landtag am 27. März ein neues Landeshochschulgesetz beschlossen. Das neue Landeshochschulgesetz soll den Hochschulen die Freiheiten gewähren, die sie brauchen, um kreativ und innovativ zu sein“, sagte Wissenschaftsministerin Bauer bei der zweiten Lesung im Landtag.

Wesentliche Inhalte:

I. Die **Leitungsstrukturen** an den Hochschulen in Baden-Württemberg werden neu justiert. Ziel ist eine Stärkung und klare Abgrenzung der Aufgaben und Verantwortlichkeiten von Rektorat, Hochschulrat und Senat, die Verbesserung der Zusammenarbeit der Gremien, die Erhöhung von Transparenz und die Ermöglichung stärkerer Beteiligung.

II. Die **Perspektiven für den akademischen Nachwuchs** werden verbessert

III. Das Gesetz gibt Impulse für die weitere Verbesserung von **Chancengleichheit** von Frauen und Männern. Die Gleichstellungsarbeit wird u.a. durch ein Stimmrecht der Gleichstellungsbeauftragten in Berufungskommissionen, ihre beratende Mitgliedschaft im Hochschulrat gestärkt.

IV. Das Gesetz regelt, in welcher Form und welchem Umfang Transparenz bei der **Drittmittelforschung** hergestellt und der Diskurs darüber ermöglicht werden kann.

V. Die **Erkenntnisse wissenschaftlicher Forschung** sollten **möglichst frei zugänglich** sein. Das Gesetz nimmt deshalb den Open Access-Gedanken in der Form auf, dass die Hochschulen ihre Wissenschaftler/innen durch Satzung verpflichten können, das Recht auf Zweitveröffentlichung, das seit Januar 2014 urheberrechtlich gewährleistet ist, auch tatsächlich in Anspruch zu nehmen. Die Hochschulen werden verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, dass für solche Zweitveröffentlichungen geeignete Plattformen bereit stehen.

VI. Das Gesetz verbessert die Rahmenbedingungen dafür, dass Studiengänge in der vorgesehenen Zeit absolviert werden können. In den Vorschriften zu Studium und Prüfung eine Reihe von Erleichterungen vorgesehen. Mit dem **weiterbildenden Bachelor** wird ein **spezielles berufsbegleitendes Studium** ermöglicht, das sich an einen spezifischen Adressatenkreis richtet, der schon eine Berufsausbildung im sekundären Bereich abgeschlossen hat und nun ein **hochschulisches Weiterbildungsangebot** im erlernten Bereich anstrebt, das inhaltlich an seine Vorkenntnisse und organisatorisch an seine Lernsituation angepasst ist...

VII. Es ist ein wichtiges Anliegen, jungen Menschen den **Zugang zur hochschulischen Bildung**, soweit möglich, zu öffnen. Zudem wird in der Neuregelung eine Aufbauprüfung (Deltaprüfung) für die Fälle ermöglicht, in denen die schulische Zugangsberechtigung (Fachhochschulreife, fachgebundene Hochschulreife) den Weg zu einem Studiengang oder einer Hochschulart nicht eröffnet. Weiterhin wird das Zugangsrecht neugefasst, übersichtlicher und transparenter dargestellt.

VIII. Die Hochschulen werden künftig das Amt einer Behindertenbeauftragten oder eines **Behindertenbeauftragten** einrichten, die oder der sich der Belange der Studierenden mit Behinderung oder chronischen Erkrankungen annimmt. Gleichzeitig wird den Hochschulen aufgegeben, auch die besonderen Belange der Studierenden mit pflegebedürftigen Angehörigen zu berücksichtigen. Der Anspruch auf Ausgleich behinderungsbedingter Nachteile wird gesetzlich abgesichert; die Einhaltung dieser Rechte zu überwachen, wird künftig auch eine Aufgabe der oder des Behindertenbeauftragten sein. Die Hochschulen fördern nicht nur die Chancengleichheit von Frauen und Männern, sondern berücksichtigen auch die Vielfalt ihrer Mitglieder und Angehörigen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben (Diversity).

IX. **Wissenschaft und ihre Institutionen** sollen mit einer neuen Weiterentwicklungsklausel abweichend von den gesetzlichen Regelungen, neuen Entwicklungen auch organisatorisch Rechnung tragen können.

X. Die **Kooperationsmöglichkeiten der Hochschulen** werden verbessert.

XI. **Das Recht** der Hochschulen, **Unternehmen zu gründen** oder sich daran zu beteiligen, wird reformiert.

XII. Das Gesetz regelt, dass der **Public Corporate Governance Kodex** des Landes Baden-Württemberg grundsätzlich für die Hochschulbeteiligungen anzuwenden ist.

XIII. Das Gesetz trägt dem Zusammenwachsen der Dualen Hochschule Baden-Württemberg (DHBW) Rechnung.

XIV. An den Hochschulen für angewandte Wissenschaften wird die **angewandte Forschung gestärkt**.

XV. Um den Hochschulen neue Handlungsspielräume zu eröffnen und den Alltag - auch in kleinen Dingen - zu erleichtern, nutzt die Novelle konsequent Möglichkeiten der Deregulierung, Delegation oder schlicht der Streichung.

Der Erste Stellvertretende Landesvorsitzende, Ralf Kusterer, zugleich amtierender Übergangspersonalratsvorsitzender der Hochschule für Polizei, bewertete das neue Hochschulgesetz grundsätzlich als positiv. Kusterer: „Für die Polizei ist insbesondere § 69 des Gesetzes von Bedeutung, da hier die Ausnahmen für die Hochschulen der Öffentlichen Verwaltung und damit auch für die Polizei geregelt werden. Hier sehe ich aber deutlichen Nachbesserungsbedarf. Wer eine Freiheit der Lehre will, muss sich auch zu eigenständigen Hochschulen der Öffentlichen Verwaltung bekennen. Zu oft und zu stark wirkt beispielsweise das Innenministerium mit internen Regelungen auf die Hochschule ein. Die Grenzen werden dabei meines Erachtens oft überschritten. Wer eine Polizei will, die sich weiterentwickelt, der muss gerade im Bildungssektor diese Entwicklungsmöglichkeiten öffnen. Und gerade im Bereich der Forschung sehe ich auch im Vergleich zukunftsfähiger Impulse der Studierenden an anderen Hochschulen ungenutztes Potential. Gerade unsere (Kern)Hochschule darf nicht zur dogmatischen Kadenschmiede werden, die wie der Rest der Polizei dem politischen Kalkül ausgesetzt ist. Mit der Polizeireform haben wir uns aber deutlich in diese Richtung bewegt.“



06 Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner der Polizeiseelsorge

Quelle: IM BW

Stuttgart - Die Strukturen der Polizeiseelsorge wurden an die neue Organisationsstruktur angepasst. Für die Polizeidienststellen und Einrichtungen für den Polizeivollzugsdienst sowie für das IM -LPP- gibt es jeweils zwei zentrale Ansprechpartner (evangelisch und katholisch). Dabei werden auch Präsidien, die über die Grenzen der Landeskirchen bzw. Diözesen hinweg angelegt sind, klar zugeordnet.

Grundsätzlich gibt es eine örtliche und keine organisationsbezogene Zuständigkeit. Dies gilt insbesondere für die dislozierten Standorte des PP Einsatz, des PTLs Pol und des LKA (z. B. sollen sich Beschäftigte des GZ Kehl im Notfall an die für das PP Offenburg zuständigen Polizeiseelsorgenden wenden und nicht an die des LKA). Örtlich vorhandene, nebenamtliche Polizeipfarrer werden nicht von ihrem Amt entbunden. Sie bleiben zunächst für ihre bisherigen Wirkungskreise zuständig, wirken aber nicht auf Präsidiumsebene.

Die Namen und Erreichbarkeiten der jeweiligen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner der Polizeiseelsorge haben wir als Übersicht beigefügt. Man findet Sie auch in P-Online in der Rubrik Hilfsangebote>Polizeiseelsorge.

07 DPoIG-Kurzmeldungen

[...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...](#)

Quelle: DPoIG

Vorratsdatenspeicherung: EuGH-Urteil ist sicherheitspolitischer Wegweiser Berlin - Nach Ansicht der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) ist das aktuelle Urteil des Europäischen Gerichtshofes zur Vorratsdatenspeicherung ein „sicherheitspolitischer Wegweiser“. Die Bundesregierung muss nun unverzüglich die gesetzlichen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Arbeit der Strafverfolgungsbehörden schaffen.



DPoIG Bundesvorsitzender Rainer Wendt: „Tatsache ist, dass die Polizei Internet-Verbindungsdaten und Verkehrsdaten der Telekommunikation braucht, um wichtige Informationen zum Täterverhalten, Tatstrukturen und möglichen Komplizen zu erhalten. Schwere Straftaten können erst mit Hilfe dieser Daten aufgeklärt und weitere Delikte verhindert werden.“

Die grundsätzliche Notwendigkeit einer Speicherung von Verbindungsdaten hat der EuGH auch nicht in Abrede gestellt, sondern im Gegenteil die Notwendigkeit einer effektiven Strafverfolgung hervorgehoben.

[...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...](#)

Quelle: DStG

Steuererklärung - Eigenthaler: Wartezeit auf Rückerstattung „trauriger Rekord“
Steuerzahler müssen in diesem Jahr durchschnittlich drei Monate auf eine mögliche Rückerstattung vom Finanzamt warten. „Die Steuerzahler, die jetzt ihre Steuererklärung einreichen, müssen doppelt so lange auf ihre Rückerstattung warten wie vor zwei Jahren. Das ist ein trauriger Rekord“, sagte der Vorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DStG) und dbb Vize Thomas Eigenthaler

In Einzelfällen müssten die Steuerzahler sogar ein halbes Jahr auf ihren Steuerbescheid warten. Grund für die langen Wartezeiten sei der Personalmangel in den Behörden. Derzeit gebe es 15 bis 20 Prozent Steuerbeamte zu wenig, jede fünfte Stelle sei unbesetzt, sagte Eigenthaler. Normalerweise dauere die Bearbeitung nur vier bis sechs Wochen. Ein weiterer Grund ist laut Eigenthaler, dass von März bis Mai besonders viele Arbeitnehmer ihre Steuererklärung abgeben - also gegen Ende der regulären Frist. Das sorge für zusätzliche Belastung bei den Finanzbeamten.

[...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...](#)

Quelle: bbw

BBW: Auch den Landesbeamten finanziell entgegenkommen

(dbb) Angesichts der Tarifeinigung für die Beschäftigten vom Bund und Kommunen hat der Beamtenbund BBW Grün-Rot aufgefördert, auch den Landesbeamten finanziell entgegenzukommen. Den Sparkurs bei den Beamten könne die Landesregierung nicht durchhalten, sagte Landeschef Stich der „Schwäbischen Zeitung“. Je nach Gehaltsgruppierung sollten auch in den kommenden Jahren erst nach einem Jahr die Bezüge der Landesbeamten erhöht werden. „Diese Verschiebung muss auf den Prüfstand. 12 Monate sind zu viel“, sagte Stich.

Schon im Sommer wolle er die Lage sondieren. „Die Landesregierung muss uns entgegenkommen.“ Stich sagte, wegen der anhaltenden guten Entwicklung der Steuereinnahmen sei ausreichend Spielraum für Friedensangebote von Seiten des Landesfinanzministers Nils Schmid vorhanden: „Auch wenn es von Gemeinde zu Gemeinde anders aussieht, im Schnitt geht es den Kommunen im Land gut. Das gilt erst recht für das Land“, so Stich. Tarifverhandlungen für die Beschäftigten des Landes stehen erst 2015 wieder an.

[...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...](#)

Quelle: dbb

Niedersachsen - Besoldung verfassungswidrig

(dbb) Das Verwaltungsgerichts Braunschweig, hat am 3. April 2014 ein Musterverfahren des Beamtenbundes in Sachen Unteralimentierung dem Bundesverfassungsgericht zur Entscheidung vorgelegt.

Das Gericht hat sich offensichtlich dahingehend positioniert, dass nach vorläufigen Berechnungen für den betrachteten Vergleichszeitraum seit 1983 ein Rückstand der Besoldung des Musterklägers von rund 15 Prozent bestand. Die Besoldung in Niedersachsen könne damit als verfassungswidrig und zu niedrig bezeichnet werden.

[...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...](#)

Quelle: EU-Kommission

Zahl der Verkehrstoten in Europa sinkt

Zum zweiten Mal in Folge ist die Zahl der Straßenverkehrstoten in Europa gesunken. Im Vergleich zu 2012 verringerte sie sich im letzten Jahr um 8 Prozent, nachdem sie bereits zwischen 2011 und 2012 um 9 Prozent gesunken war. Dies gab die EU-Kommission in Brüssel bekannt.

U-Verkehrskommissar Kallas begrüßte, dass die EU nun auf dem guten Weg sei, die Zahl der Verkehrstoten zwischen 2010 bis 2020 zu halbieren. Allerdings sieht er keinen Grund, sich zurückzulehnen, denn immer noch sterben auf Europas Straßen täglich 70 Menschen: "Vielmehr müssen wir unsere gemeinsamen Bemühungen auf allen Ebenen fortsetzen, um die Straßenverkehrssicherheit in Europa weiter zu verbessern."

Große Fortschritte haben die Slowakei, Irland und Österreich gemacht. Die Slowakei konnte die Zahl der Verkehrstoten um 24 Prozent senken. Gefährlich ist es nach wie vor auf den Straßen in Rumänien, Polen, Bulgarien, Kroatien, Lettland, Litauen und Griechenland mit 81 bis 92 Verkehrstoten auf eine Million Einwohner.

[...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...](#)

Quelle: Pforzheimer Zeitung

LKA-Chef für schärfere Gesetze gegen die Mafia

Baden-Württemberg ist bei Mafia-Angehörigen besonders beliebt. Von bundesweit rund 450 mutmaßlichen Personen mit Bezügen zur italienischen organisierten Kriminalität lebten etwa 150 im Südwesten, wie Sigurd Jäger vom Landeskriminalamt in Stuttgart mitteilte. Das Bundesland sei sowohl Rückzugs- als auch Betätigungsfeld für die verschiedenen Organisationen. Hier im Land gebe es eine starke italienische Gemeinschaft. Rund ein Viertel der italienischen Bevölkerung in Deutschland lebe im Südwesten. ...

Ende DPoIG-ID Nr.7/2014